

Gabriele Clemens

Die deutsche Frage und Europa¹

Im Zuge der Euro-Krise war bzw. ist von deutschen Politikern immer wieder zu hören oder zu lesen, dass Deutschland in und für Europa eine besondere Verantwortung habe. So unter anderem in der Rede der Bundeskanzlerin im Rahmen der Bundestagsdebatte am 7. September 2011 oder im Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 12. März 2012.² Warum hat Deutschland diese besondere Verantwortung? Darauf werde ich in meinem folgenden Beitrag über die deutsche Frage und Europa eingehen. Die Antwort darauf liegt in der Entstehungsgeschichte sowohl der Bundesrepublik als auch des europäischen Integrationsprozesses, d. h. jenes Prozesses, der zur Bildung der heutigen EU führte.

Voranstellen möchte ich die These, dass ohne die Notwendigkeit der Lösung der deutschen Frage sich nach dem Krieg vermutlich nicht so rasch und umfassend der europäische Einigungsprozess entwickelt hätte, und umgekehrt ohne die europäische Einigung die Bundesrepublik nicht so schnell zu einem – wenn auch begrenzt – souveränen Staat geworden wäre.

Was versteht man unter der deutschen Frage? Damit ist die Frage gemeint, was mit Deutschland, das in der Vergangenheit zwei Weltkriege verursacht hatte, nach diesem zweiten Weltkrieg geschehen sollte. Sollte Deutschland auf Dauer niedergehalten, unter Vormundschaft gestellt, vielleicht zerstückelt werden oder – Sie erinnern sich an den Morgenthau-Plan – in ein Agrarland umgewandelt werden, um sicherzugehen, dass von diesem Land niemals wieder ein Krieg ausgehen würde? Oder sollte Deutschland zu diesem Zwecke in ein vereinigtes Europa integriert werden? Das waren Fragen, mit denen sich bereits während des Krieges Widerstandsgruppen und Exilpolitiker in den europäischen Staaten auseinandersetzten und die auch die Siegermächte bewegten, die sich seit 1942/43 mit den Planungen für die Nachkriegszeit befassten.

In den westeuropäischen Widerstandsgruppen, die sich ab 1942 in den vom Deutschen Reich besetzten Ländern herausgebildet hatten, wurde diese Frage intensiv diskutiert.³ Und man kam dort übereinstim-

¹ Der Vortragsstil wurde im Folgenden beibehalten.

² Siehe u. a. www.angela-merkel.de/page/103.htm; www.spd.de/aktuelles/Pressemitteilungen/Pressemitteilung_068/121. (19.04.2012). Siehe auch den Leserbrief von Burkhard Hirsch in der FAZ vom 03.12.2011.

³ Siehe dazu Walter Lipgens: Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945. Eine Dokumentation. München 1968; Wilfried Loth: Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957. 3. durchgesehene Auflage. Göttingen

mend zu dem Ergebnis, dass allein die Integration Deutschlands in ein vereinigtes Europa langfristig den Frieden in Europa sichern sowie die politische und wirtschaftliche Rekonstruktion des Kontinents gewährleisten würde. Denn, so hieß es beispielsweise in einer Schrift aus dem französischen Widerstand mit dem bezeichnenden Titel „Que faire de l'Allemagne“: „Deutschland stellt insgesamt einen viel zu großen Komplex im Herzen des Kontinents dar, und die Deutschen sind viel zu aktive und unternehmende Menschen, als daß man Deutschland auf die Rolle des armen Verwandten beschränken könnte.“⁴ Und wenn alle Staaten außer Deutschland weiterhin ihre Streitfragen wie in der Vergangenheit mit den Waffen regeln könnten, wäre nichts verlockender als der Versuch, diese Massen von Deutschen gegen die anderen Mächte einzusetzen. Eine dauerhafte Niederhaltung Deutschlands inmitten Europas – so die übereinstimmende Meinung der Widerstandsgruppen – würde nur erneut Revanche und Rachegefühle herausfordern oder zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen; Deutschland bliebe stets ein neuralgischer Punkt. Deshalb sei eine europäische Föderation, an die alle Staaten Souveränität in den Bereichen von Außen-, Verteidigungs- sowie Wirtschaftspolitik abgeben würden, die einzig mögliche Lösung des Deutschlandproblems. Ebenso entwarfen einzelne Exilpolitiker aus ost- und westeuropäischen Staaten, die während des Krieges in London Zuflucht gefunden hatten, Pläne für künftige regionale Zusammenschlüsse als Ausgangspunkt einer späteren gesamteuropäischen Föderation. Erinnert sei hier unter anderem an das von Sikorski und Beneš 1942 unterzeichnete Abkommen zur Bildung einer „Polnisch-Tschechoslowakischen Konföderation“, an Graf Sforzas Pläne zur Bildung einer „Mittelmeer-Föderation“ oder an die Bestrebungen Spaaks zu einem Zusammenschluss der Staaten Belgien, Niederlande und Luxemburg.

Anders hingegen sahen die Nachkriegsplanungen der USA und der Sowjetunion aus. Während der amerikanische Präsident Roosevelt von den künftigen vier Weltpolizisten träumte – USA, Sowjetunion, China und Großbritannien –, die allein über Waffen verfügen und die Abrüstung der übrigen Welt kontrollieren sollten, und sein Außenminister Cordell Hull für eine weltumfassende Friedensorganisation ohne regionale Untergliederungen eintrat, strebte die Sowjetunion die Wiederherstellung zahlrei-

gen 1996; Frank Niess: Die europäische Idee – aus dem Geist des Widerstands. Frankfurt/Main 2001.

⁴ Francis Gérard: Was tun mit Deutschland? (November 1943). Auszug aus dem Buch: Que faire de l'Allemagne?. In: Lipgens: Europa-Föderationspläne (wie Anm. 3). S. 218–222, S. 220.

cher kleiner Nationalstaaten in Europa und die Ausdehnung ihres eigenen Einflussbereiches über Ostmitteleuropa an. In allen diesen Plänen war für den Gedanken einer europäischen Föderation unter Einschluss Deutschlands, wie er von den Widerstandsgruppen und Exilpolitikern vertreten worden war, kein Platz. Lediglich die britische Regierung unter Premierminister Churchill hatte während des Krieges mehrfach den Gedanken zur Bildung eines „Council of Europe“, in dem sich die europäischen Völker zusammenschließen und ihre Streitigkeiten friedlich schlichten könnten, geäußert. Sowohl die Inanspruchnahme durch die Kriegsführung als auch die schwache Position Großbritanniens innerhalb des alliierten Kriegsbündnisses führten dazu, dass diese Gedanken über das Stadium einer Absichtserklärung oder vagen Zukunftsvision nicht hinausgelangten.⁵

Das Ergebnis ist bekannt: Nach dem Kriege wurde in Europa das System der souveränen Nationalstaaten wieder hergestellt, und Deutschland wurde – aufgeteilt in vier Besatzungszonen – der alliierten Kontrolle unterstellt. Deutschlands Zukunft war ungewiss. Vor allem Frankreich, der direkte Nachbar Deutschlands, strebte die dauerhafte Entmachtung und Zerstückelung Deutschlands an, um Sicherheit vor dem Nachbarn im Westen zu erlangen. Stichworte hierzu sind: Abtretung linksrheinischer Gebiete sowie des Ruhrgebietes, Annexion des Saarlandes, Aufteilung Rest-Deutschlands in kleine machtlose Einheiten.⁶

Frankreich konnte diese Politik allerdings längerfristig nicht durchsetzen, da die USA im Zuge des beginnenden Kalten Krieges die Wiederaufrichtung Deutschlands und Europas als Bollwerk gegen den Kommunismus anstrebten, zudem ein prosperierendes Europa als Handelspartner und Absatzmarkt für ihre Produkte benötigten. Ausdruck dieser neuen Deutschland- und Europapolitik war der Marshallplan, der auf die wirtschaftliche und politische Stabilisierung des Kontinents zielte und zu diesem Zwecke die Bildung einer supranationalen europäischen Organi-

⁵ Zu den Nachkriegsplanungen der Siegermächte siehe Lipgens: Europa-Föderationspläne (wie Anm. 3); siehe auch Gabriele Clemens/Alexander Reinfeldt/Gerhard Wille: Geschichte der europäischen Integration. Ein Lehrbuch. Paderborn 2008. S. 62ff.

⁶ Zur französischen Deutschlandpolitik siehe u. a. Dietmar Hüser: Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten, 1944–1950. Berlin 1996; Stefan Martens (Hrsg.): Vom „Erbfeind“ zum „Erneuerer“. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Sigmaringen 1993; Andreas Wilkens: Von der Besetzung zur westeuropäischen Integration: die französische Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit (1945–1950). In: Historische Mitteilungen 4 (1991). S. 1–21.

sation vorsah.⁷ Für die USA war klar, dass Deutschland in diese Organisation einbezogen werden musste. Forscher wie John Gimbel gehen sogar davon aus, dass der Marshallplan allein lanciert wurde, um das Deutschlandproblem zu lösen.⁸ Um für Frankreich den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau Deutschlands akzeptabel zu machen, sei, so Gimbel, ein Wiederaufbauprogramm für ganz Europa aufgelegt worden, der deutsche also mit dem europäischen Wiederaufbau verzahnt worden. Frankreich wurde als Kompensation für seine Zustimmung zu einem wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau Deutschlands der Wiederaufbau der eigenen Wirtschaft in Aussicht gestellt, zudem Sicherheit durch die Errichtung einer umfassenden europäischen Organisation. Manfred Knapp schlussfolgert: „Im Wasserzeichen der Geburtsurkunde der Bundesrepublik sind deshalb die Buchstaben ERP [*European Recovery Program*, Anm. G. C.] eingeprägt“.⁹

1949 kam es zur Gründung eines westdeutschen Staates. Eine starke supranationale europäische Organisation wurde allerdings aufgrund des Widerstandes einer Reihe europäischer Staaten nicht errichtet. Die 1948 gegründete OEEC (*Organisation for European Economic Cooperation*) war nur eine lockere, intergouvernementale Organisation, die Frankreichs Wunsch nach dauerhafter Sicherheit vor Deutschland nicht gewährleisten konnte. Sicherheit boten lediglich das gleichzeitig mit der Gründung der Bundesrepublik erlassene Besatzungsstatut sowie das Internationale Ruhrstatut. Aufgrund der amerikanischen Politik, die auf eine baldige Wiederaufrichtung Deutschlands zielte, war allerdings abzusehen, dass diese Kontrollmechanismen nicht auf Dauer Bestand haben würden.

Die neue amerikanische Deutschland- und Europapolitik, die von Großbritannien unterstützt wurde, stellte Frankreich vor ein Dilemma: Auf der einen Seite benötigte Frankreich die von den USA angebotenen

7 Zur amerikanischen Europapolitik sowie zum Marshallplan siehe u. a. Gerd Hardach: *Der Marshallplan. Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948–1952*. München 1994; Michael J. Hogan: *The Marshall Plan. America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe, 1947–1952*. Cambridge 1987 [Repr. 1995]; Geir Lundestad: *The United States and Western Europe since 1945. From „empire“ by invitation to transatlantic drift*. Oxford 2003; Alan S. Milward: *The Reconstruction of Western Europe 1945–51*. London 1984; Beate Neuss: *Geburtsheifer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozess 1945–1958*. Baden-Baden 2000; Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.): *Marshallplan und westdeutscher Wiederaufstieg. Positionen – Kontroversen*. Stuttgart 1990.

8 John Gimbel: *The Origins of the Marshall Plan*. Stanford 1976; Ders.: *Die Entstehung des Marshall-Plans*. In: Schröder: *Marshallplan* (wie Anm. 7). S. 11–21.

9 Manfred Knapp: *Deutschland und der Marshallplan: Zum Verhältnis zwischen politischer und ökonomischer Stabilisierung in der amerikanischen Deutschlandpolitik nach 1945*. In: Schröder: *Marshallplan* (wie Anm. 7). S. 35–59, S. 54.

finanziellen Mittel zum Wiederaufbau des eigenen Landes, andererseits aber konnte es sich nicht mit der angestrebten Wiederaufrichtung Deutschlands abfinden. Die Lösung dieses Dilemmas bestand in der festen Einbindung Deutschlands in ein geeintes Europa unter Kontrolle Frankreichs und anderer europäischer Mächte. Dies war die Geburtsstunde des Schuman-Planes bzw. der daraus hervorgegangenen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).

Den konkreten Anlass für diese Initiative bildete die Außenministerkonferenz der drei Westmächte vom 10. bis 13. Mai 1950, auf der auf anglo-amerikanischen Wunsch hin die Aufhebung der Begrenzung der westdeutschen Stahlproduktion sowie eine Lockerung des Besatzungsstatuts beschlossen werden sollten. Die Folgen dieses Vorgehens für Frankreich schilderte der französische Planungskommissar Jean Monnet in einem dramatischen Appell an Ministerpräsident Bidault und Außenminister Schuman: „Wirtschaftsaufschwung in Deutschland; deutsches Ausfuhrdumping; Ruf nach Schutzmaßnahmen für die französische Industrie; Stillstand oder Verwässerung der Liberalisierung des Handels; Wiedererstehen der Vorkriegskartelle; unter Umständen Ausrichtung der deutschen Wirtschaft nach Osten als Vorspiel für politische Vereinbarungen; Rückfall Frankreichs in die alten Gleise einer begrenzten und geschützten Produktion. [...] Deutschland wird sich schnell entwickeln, und wir werden die deutsche Aufrüstung nicht verhindern können. Frankreich aber wird seinem herkömmlichen Malthusianismus verfallen, und diese Entwicklung wird zwangsläufig zur Folge haben, daß unser Land von der Bildfläche verschwindet.“¹⁰

Nach Auffassung Monnets konnte die Wiederaufrichtung Frankreichs nicht mehr weitergehen, wenn nicht die Frage der industriellen Produktion Deutschlands und seiner Konkurrenzkapazität schnell eine Regelung finden würde. Da Deutschland über die hochwertige Ruhrkohle verfügte, konnte es Stahl zu einem Preis produzieren, mit dem Frankreich nicht konkurrieren konnte. Frankreich benötigte für seine eigene Stahlproduktion die Ruhrkohle, und es fürchtete, nach Lockerung des Besatzungsstatuts und der Internationalen Ruhrkontrolle nicht mehr zu den gleichen Bedingungen wie Deutschland über diesen Rohstoff verfügen zu können. Deshalb war rasches Handeln angesagt, und Monnet sah die einzige Lösung des Problems in der Bildung einer supranationalen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Ein wichtiger Punkt in dem von Robert Schuman schließlich aufgegriffenen Vorschlag zur Bildung der Kohle- und

¹⁰ Monnet-Memorandum vom 3. Mai 1950. In: Europäische Gemeinschaft 7 (1970), S. 31–32 (von Jean Monnet autorisierte deutsche Übersetzung des Memorandums, das zuerst abgedruckt wurde in: *Le Monde*, 9. Mai 1970, S. 6).

Stahlgemeinschaft bestand dann auch in dem gleichberechtigten Zugang zu allen Rohstoffen, sprich deutsche Ruhrkohle. In seiner Rede vom 9. Mai 1950, die als Schuman-Plan in die Geschichte eingegangen ist, fügte der französische Außenminister noch einen anderen Aspekt hinzu: Die Zusammenfassung der Kohle- und Stahlproduktion von Deutschland und Frankreich sowie weiterer Länder unter eine Oberste Hohe Behörde, deren Entscheidungen für Frankreich, Deutschland und die anderen teilnehmenden Länder *bindend* sein sollten, würde in Zukunft jeden Krieg nicht nur undenkbar, sondern materiell auch unmöglich machen.¹¹

Mehrere Motive lagen der Lancierung des Schuman-Plans zugrunde: Die Erlangung von Sicherheit vor Deutschland, die Verhinderung eines unkontrollierten wirtschaftlichen und politischen Wiederaufstiegs Deutschlands sowie die Wiederaufrichtung der französischen Industrie. Besonders letzteres lag dem französischen Planungskommissar Monnet am Herzen, der in der Errichtung einer Kohle- und Stahlgemeinschaft die Möglichkeit erblickte, den französischen Modernisierungsplan für die Wirtschaft zu retten.¹²

Die Lösung des Deutschlandproblems – konkret die französische Furcht vor der wirtschaftlichen und dann zu erwartenden politischen Wiederaufrichtung Deutschlands – hatte somit den ersten Schritt in Richtung der Europäischen Gemeinschaften initiiert. 1951 wurde der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl von sechs

11 Erklärung der französischen Regierung über eine gemeinsame deutsch-französische Schwerindustrie vom 9. Mai 1950. In: Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung. Zweiter Teilband. München 1962. S. 680–682.

12 Zu den Motiven für die Lancierung des Schuman-Plans siehe u. a. John Gillingham: Coal, Steel, and the Rebirth of Europe, 1945–1955. The Germans and French from Ruhr Conflict to Economic Community. Cambridge 1991; Constantin Goschler/Christoph Buchheim/Werner Bührer: Der Schumanplan als Instrument französischer Stahlpolitik. Zur historischen Wirkung eines falschen Kalküls. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 37 (1989). S. 171–206; Hüser: Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“ (wie Anm. 6); Matthias Kipping: Zwischen Kartellen und Konkurrenz. Der Schuman-Plan und die Ursprünge der europäischen Einigung 1944–1952. Berlin 1996; Ulrich Lappenküper: Der Schuman-Plan. Mühsamer Durchbruch zur deutsch-französischen Verständigung. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42 (1994). S. 401–445; Milward: The Reconstruction of Western Europe (wie Anm. 7); Raymond Poidevin: Die europapolitischen Initiativen Frankreichs des Jahres 1950 – aus eine Zwangslage geboren? In: Ludolf Herbst/Werner Bührer/Hanno Sowade (Hrsg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt. München 1990. S. 257–262; Andreas Wilkens (Hrsg.): Le Plan Schuman dans l'histoire. Intérêts nationaux et projet européen. Brüssel 2004; Ders. (Hrsg.): Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1999.

Staaten unterzeichnet und damit die erste der drei supranationalen Europäischen Gemeinschaften errichtet.¹³ Für die Bundesrepublik wiederum bedeutete die gleichberechtigte Aufnahme in die Sechsergemeinschaft einen wichtigen Schritt hin zum Ziel der Erlangung von Gleichberechtigung und Souveränität.¹⁴

Auch die weiteren Integrationsschritte, d. h. der Plan zur Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und die Errichtung von EWG und Euratom 1958, erwachsen aus dem Wunsch, Deutschland fest in Europa einzubinden und seinen unkontrollierten wirtschaftlichen und politischen Wiederaufstieg zu verhindern.

Frankreichs im Oktober 1950 von Ministerpräsident René Pleven verkündeter Vorschlag, deutsche Truppen im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft aufzustellen, war eine Reaktion auf den Ausbruch des Koreakrieges und den Wunsch der USA nach einer Wiederbewaffnung Deutschlands. Das Ansinnen der USA, deutsche Truppen im Rahmen der NATO aufzustellen, war für Frankreich zu diesem Zeitpunkt undenkbar. Auf der anderen Seite hatten die USA finanzielle Zusagen an Frankreich zum Aufbau der eigenen Armee und eine von Frankreich gewünschte stärkere militärische Präsenz der USA auf dem Kontinent davon abhängig gemacht, dass Frankreich der Wiederbewaffnung Deutschlands zustimmte. Aus diesem Dilemma heraus entstand dann der französische Vorschlag zur Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, an der Deutschland – wenn auch keineswegs gleichberechtigt – teilnehmen würde.¹⁵ Die EVG scheiterte zwar schließlich an Frankreich selbst, aber die gefundene Ersatzlösung, nämlich Bildung der WEU und Eingliederung deutscher Truppen in die NATO, führte Deutschland ein Stück weiter in die Souveränität und Gleichberechtigung. Im Rahmen der 1954 unterzeichneten Pariser Verträge wurde nicht nur die Aufnahme Deutschlands in die NATO geregelt, zugleich wurde das Besatzungsstatut

13 Der Vertrag wurde am 18. April 1951 in Paris von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden unterzeichnet. Nach der Ratifizierung in den sechs Staaten trat er am 23. Juli 1952 in Kraft.

14 Aus diesem Grunde hatte der deutsche Bundeskanzler Adenauer, der bereits am 7. Mai 1950 von dem Plan in Kenntnis gesetzt wurde, diesem Vorschlag sogleich zugestimmt.

15 Zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft siehe Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956*. Bd. 2: Die EVG-Phase. München 1990; Kevin Ruane: *The Rise and Fall of the European Defence Community. Anglo-American Relations and the Crisis of European Defence. 1950–1955*. New York 2000; Gilbert Trausch (Hrsg.): *Die Europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom*. Baden-Baden 1993; Hans-Erich Volkmann/Walter Schwengler (Hrsg.): *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung*. Boppard 1985.

abgeschafft und der Bundesrepublik mit dem Deutschlandvertrag die – wenn auch noch begrenzte – Souveränität zugestanden. Für Frankreich war diese Lösung nicht zuletzt deshalb akzeptabel, weil Deutschland durch den Integrationsprozess eng in Westeuropa eingebunden war. Durch die Bildung von EWG und Euratom im Jahre 1958 wurde diese Einbindung und enge Verflechtung der europäischen Staaten weiter verstärkt.¹⁶

Die Rückführung Deutschlands in den Kreis der europäischen Mächte und die Erlangung von Souveränität und Gleichberechtigung des nach dem Kriege alliierter Kontrolle unterworfenen westdeutschen Staates waren durch die Zustimmung zur europäischen Integration möglich geworden. Die Bundesrepublik blieb auch in den folgenden Jahrzehnten eine vehemente Unterstützerin und Förderin des europäischen Integrationsprozesses,¹⁷ was allerdings nicht bedeutete, dass sie auf die Durchsetzung eigener nationaler Interessen verzichtet hätte. Dies zeigte sich beispielsweise bei der Gestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik.¹⁸ Auf der anderen Seite aber unterstützte sie stets diverse Maßnahmen zur Bildung einer Politischen Union Europas.

Die skizzierte enge Verbindung zwischen europäischer Integration und deutscher Frage wurde wiederum deutlich bei der Entstehung der Europäischen Union durch den Maastrichter Vertrag zu Beginn der 1990er-Jahre:

Gespräche über die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) als logische Folgerung aus dem mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) angestrebten Binnenmarktprojekt waren bereits seit dem Ende der 1980er-Jahre im Gange. Insbesondere Frankreich unter Staatspräsident François Mitterrand strebte eine Wiederaufnahme des

16 Zur Entstehung von EWG und Euratom siehe u. a. Michael Gehler (Hrsg.): *Vom gemeinsamen Markt zur europäischen Unionsbildung. 50 Jahre Römische Verträge 1957–2007*. Wien/Köln/Weimar 2009; Rudolf Hrbek/Volker Schwarz (Hrsg.): *40 Jahre Römische Verträge: Der deutsche Beitrag. Dokumentation der Konferenz anlässlich des 90. Geburtstages von Dr. h. c. Hans von der Groeben*. Baden-Baden 1998; Hanns Jürgen Küsters: *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*. Baden-Baden 1982; Peter Weilemann: *Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft. Zur Gründungsgeschichte von Euratom 1955–1957*. Baden-Baden 1983; Clemens/Reinfeldt/Wille: *Geschichte der europäischen Integration* (wie Anm. 5). S. 123–137.

17 Zur deutschen Europapolitik siehe u. a. Gisela Müller-Brandeck-Bocquet [u. a.]: *Deutsche Europapolitik. Von Adenauer bis Merkel*. 2. aktual. u. erw. Auflage. Wiesbaden 2010; Claudia Hiepel: *Willy Brandt und Georges Pompidou. Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise*. München 2012; Henning Türk: *Die Europapolitik der Großen Koalition. 1966–1969*. München 2006.

18 Siehe dazu Kiran Klaus Patel: *Europäisierung wider Willen. Die Bundesrepublik Deutschland in der Agrarintegration der EWG 1965–1973*. München 2009.

früheren, aufgrund unterschiedlicher konzeptioneller Vorstellungen gescheiterten Werner-Planes zur Bildung einer Wirtschafts- und Währungsunion an, um die geld- und währungspolitische Dominanz der deutschen Bundesbank in Westeuropa zu überwinden.¹⁹

In der Bundesrepublik hingegen stießen die Pläne für eine WWU auf Skepsis und Zurückhaltung, da eine Aufgabe der auf Preisstabilität ausgerichteten, erfolgreichen deutschen Währung zugunsten einer europäischen Währung nicht im deutschen Interesse lag. Die Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl verfolgte vielmehr das Projekt der Schaffung einer Politischen Union, erklärte aber aus integrationspolitischen Gründen ihre grundsätzliche Bereitschaft, den Gedanken der Währungsunion weiterzuverfolgen.

Seit Ende 1987 wurden von der Europäischen Kommission und den Regierungen einiger EG-Mitgliedstaaten verschiedene Vorschläge dazu erarbeitet. Sehr zum Verdruss der französischen Regierung zögerte die deutsche Regierung allerdings, einen verbindlichen Termin für die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Beratung über die weiteren Schritte festzulegen. Erst die zunehmenden Auflösungserscheinungen in Ostdeutschland und der Druck der europäischen Partner auf Deutschland, die innerdeutsche Entwicklung in den europäischen Einigungsprozess einzubetten, führten dazu, dass Kohl nach vorheriger Absprache mit Mitterrand auf dem Gipfel des Europäischen Rates in Straßburg am 8./9. Dezember 1989 der Einsetzung einer Regierungskonferenz zur Wirtschafts- und Währungsunion noch vor Ende 1990 zustimmte.²⁰ Auf dem Treffen in Dublin am 25./26. Juni 1990 beschloss der Europäische Rat die Einsetzung einer weiteren Regierungskonferenz zur Schaffung einer Politischen Union. Beide Regierungskonferenzen (WWU und Politische Union) sollten ihre Arbeiten so rechtzeitig abschließen, dass ein Vertrag vor der Vollendung des Binnenmarktes in Kraft treten konnte.

19 Zu den Plänen für eine Wirtschafts- und Währungsunion sowie eine Politische Union Europas siehe Franz Knipping: Rom, 25. März 1957. Die Einigung Europas. München 2004. S. 218–256.

20 Zu den Vorgängen der Jahre 1989/1990 siehe insbesondere: Dokumente zur Deutschlandpolitik, Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. München 1998; Diplomatie für die deutsche Einheit: Dokumente des Auswärtigen Amtes zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90. Hrsg. von Andreas Hilger. München 2011; Documents on British Policy Overseas. Ser. 3, Vol. 7 (German Unification, 1989–1990). Ed. by P. Salmon/K. A. Hamilton/S. R. Twigg. London 2010; Hanns Jürgen Küsters: Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90. Freiburg 2009.

Insbesondere Großbritannien unter Margaret Thatcher und Frankreich unter François Mitterrand sahen der sich abzeichnenden Wiedervereinigung Deutschlands mit gemischten Gefühlen entgegen und hofften, diesen Prozess noch verhindern oder wenigstens verzögern zu können.²¹ Fürchtete Thatcher von einem wiedervereinigten Deutschland eine künftige deutsche Hegemonie in Europa, so glaubte Mitterrand, dass ein wiedervereinigtes Deutschland das Interesse an einer Stärkung der Europäischen Gemeinschaften verlieren würde. In der Phase, als die deutsche Wiedervereinigung unvermeidlich schien, verfolgte Frankreich im Grunde seine seit Ende der 1940er-Jahre betriebene Deutschlandpolitik weiter, indem es die Einbindung Deutschlands in eine gestärkte Gemeinschaft bzw. Union forcierte und eine Vertiefung des Integrationsprozesses forderte. Und um Mitterrand zu besänftigen oder um ihm entgegenzukommen, machte Kohl eine Reihe von Zugeständnissen in Bezug auf die weitere Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses, die er unter anderen Umständen vermutlich nicht gemacht hätte.²² Dazu zählten die Zugeständnisse bei der Wirtschafts- und Währungsunion.

Im August 1990 (31.8.) erfolgte die politische Einigung der beiden deutschen Staaten in Form eines Vertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR „über die Herstellung der Einheit Deutschlands“ (Einigungsvertrag). In diesem Vertrag enthalten ist zugleich das Bekenntnis des wiedervereinigten Deutschlands, „durch die deutsche Einheit einen Beitrag zur Einigung Europas und zum Aufbau einer europäischen Friedensordnung zu leisten“.²³ Am 12. September 1990 wurde der „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ unterzeichnet, der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag, durch den die vier Siegermächte ihre Rechte und Verantwortlichkeiten „in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes“ beendeten.²⁴ Mit seinem Inkrafttreten am 15. März 1991 hatte

21 Aus der Fülle an Literatur zur deutschen Wiedervereinigung siehe u. a. German Unification. Expectations and Outcomes. Ed. by Peter C. Caldwell/Robert R. Shandley. New York 2011; Klaus-Rainer Jakisch: Eisern gegen die Einheit: Margaret Thatcher und die deutsche Wiedervereinigung. Frankfurt/Main 2004; Andreas Rödder: Geschichte der deutschen Wiedervereinigung. München 2011.

22 Jacques Lévesque: In the Name of Europe's Future: Soviet, French and British Qualms about Kohl's Rush to German Unification. In: Europe and the End of the Cold War: A Reappraisal. Ed. by Frédéric Bozo [u. a.]. London/New York 2008. S. 95–118.

23 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag), unterzeichnet in Berlin am 31. August 1990 (Auszug). In: Curt Gasteyer (Hrsg.): Europa zwischen Spaltung und Einigung 1945 bis 1993. Darstellung und Dokumentation. Bonn 1994. S. 444–451, Präambel S. 444. – Am 3. Oktober 1990 wurde die Vereinigung der beiden deutschen Staaten feierlich vollzogen.

24 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen

Deutschland seine volle Souveränität erlangt. Am 10. Dezember 1991 wurde dann von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften der Vertrag über die Europäische Union paraphiert und am 7. Februar 1992 von den Außen- und Finanzministern in Maastricht unterzeichnet, somit die EU gegründet.²⁵

Das heißt: Der politische Umbruch in Mittel- und Osteuropa sowie vor allem die sich abzeichnende Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten hatten den bereits in Gang gekommenen Prozess zur Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion beschleunigt und auch dem Projekt zur Bildung einer Politischen Union weiteren Auftrieb gegeben. Sowohl den Partnern der Bundesrepublik als auch der deutschen Bundesregierung selbst war nämlich daran gelegen, die Wiedervereinigung Deutschlands in einen europäischen Rahmen einzubetten und keinen Zweifel an der europäischen Bindung der neuen Bundesrepublik aufkommen zu lassen. Ohne die sich abzeichnende Wiedervereinigung Deutschlands und somit die Notwendigkeit, erneut die „deutsche Frage“ zu lösen, wäre vermutlich die Europäische Union nicht so zügig und vielleicht auch nicht in der jetzt bestehenden Form gegründet worden. Die Skepsis der Regierung Kohl gegenüber dem Projekt einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie auch das Scheitern früherer Versuche zur Bildung einer Währungsunion sprechen für diese Vermutung. Aber ohne Zugeständnisse im europäischen Integrationsprozess wäre die deutsche Wiedervereinigung schwieriger geworden. In seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1991 unterstrich Kohl die enge Verbindung von deutscher Frage und europäischer Integration: „Maastricht“ – so Kohl – „ist der Beweis dafür, dass das vereinte Deutschland seine Verantwortung in und für Europa aktiv wahrnimmt und zu dem steht, was wir immer gesagt haben, nämlich dass die deutsche Einheit und die europäische Einigung zwei Seiten ein und derselben Medaille sind.“²⁶

Mit diesen knappen Ausführungen zur Entwicklung Deutschlands und des europäischen Integrationsprozesses sollte meine Ausgangsfrage nach der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Europa beantwortet sein. Beides, die Entwicklung des westdeutschen Staates hin

Republik, Frankreich, Großbritannien, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland, unterzeichnet in Moskau am 12. September 1990. In: Gasteyger (Hrsg.): Europa zwischen Spaltung und Einigung (wie Anm. 23). S. 452–456, S. 452.

²⁵ Nach der Ratifizierung in den beteiligten Staaten trat der Maastrichter Vertrag am 1. November 1993 in Kraft.

²⁶ Zitiert nach Ulrike Kessler: Deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl: Europäische Integration als „kategorischer Imperativ“? In: Müller-Brandeck-Bocquet [u. a.]: Deutsche Europapolitik (wie Anm. 17). S. 119–171, S. 155.

zu voller Souveränität und die Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses bis hin zur Europäischen Union, ist untrennbar miteinander verknüpft, das eine wäre ohne das andere so nicht zustande gekommen.

Die Außenpolitik eines Staates wird durch verschiedene Faktoren bestimmt: Neben wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Interessen spielen auch Traditionen, Erinnerungen und geschichtliche Entwicklungen – man kann auch sagen, die Identität eines Landes – eine Rolle, alles Faktoren, die eine Kontinuität in der Außenpolitik über alle Parteigrenzen hinweg bewirken. Das heißt in dem konkreten Falle, dass die historisch bedingte, enge Verwobenheit zwischen der Bildung eines souveränen westdeutschen Staates und europäischer Integration Teil der bundesdeutschen Identität ist und stets ein Faktor im außenpolitischen Denken und Handeln bundesrepublikanischer Regierungen war und sein wird. Die grundsätzlich positive Haltung gegenüber dem europäischen Integrationsprozess gehört ebenso wie die deutsch-französische Verbundenheit und die engen Beziehungen zu den USA zu den Kontinuitätslinien bundesdeutscher Politik. Von daher ist davon auszugehen, dass die Bundesrepublik in absehbarer Zeit sich auch weiterhin verpflichtet fühlt, eine grundsätzlich proeuropäische Haltung einzunehmen, d. h. den Integrationsprozess zu fördern, ohne dabei deutsche Interessen zu vernachlässigen.